ENTSCHEIDUNG Nr. 13/2020
DER AGENTUR DER EUROPÄISCHEN UNION
FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT DER
ENERGIEREGULIERUNGSBEHÖRDEN

vom 24. Juni 2020

**bezüglich des Umsetzungsrahmens der europäischen Plattform für das IN-
Verfahren**

DIE AGENTUR DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT DER
ENERGIEREGULIERUNGSBEHÖRDEN –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 2019/942 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden¹ („Verordnung (EU) Nr. 2019/942“), insbesondere auf Artikel 6 Absatz 10 Unterabsatz 2 Buchstabe b,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem², insbesondere auf Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 6 Absatz 2,

gestützt auf das Ergebnis der Konsultation mit den betroffenen Regulierungsbehörden und Übertragungsnetzbetreibern („ÜNB“),

gestützt auf das Ergebnis der Konsultation mit der Arbeitsgruppe „Elektrizität“ der Agentur („AEWG“),

gestützt auf die gemäß Artikel 22 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/942 unterbreitete befürwortende Stellungnahme des Regulierungsrates vom 28. Mai 2020 –

in Erwägung nachstehender Gründe:

¹ ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 22.

² ABl. L 312 vom 23.11.2017, S. 6.

1. EINLEITUNG

- (1) Mit der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem („EB-Verordnung“) wurde eine Reihe von Anforderungen für den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem, für Plattformen für den Austausch von Regelarbeit sowie für die Preisbildung und die Abrechnung von Regelarbeit festgelegt. Diese Anforderungen umfassen die Entwicklung eines Umsetzungsrahmens einer europäischen Plattform für das IN-Verfahren („INIF“).
- (2) Gemäß Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der EB-Verordnung sind alle Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden „ÜNB“) gehalten, einen gemeinsamen Vorschlag für den INIF im Sinne von Artikel 22 der EB-Verordnung zu entwickeln und sämtlichen Regulierungsbehörden zur Genehmigung vorzulegen. Die Regulierungsbehörden müssen sodann gemäß Artikel 5 Absatz 6 der EB-Verordnung innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des Vorschlags für den INIF bei der letzten zuständigen Regulierungsbehörde zu einer einvernehmlichen Entscheidung darüber gelangen. Zusätzlich dazu können alle Regulierungsbehörden eine Änderung am Vorschlag in Übereinstimmung mit Artikel 6 Absatz 1 der EB-Verordnung verlangen. Alle ÜNB bekommen dann zwei Monate Zeit, um einen geänderten Vorschlag an alle Regulierungsbehörden einzusenden. Anschließend haben alle Regulierungsbehörden zwei Monate Zeit, um über den geänderten Vorschlag zu entscheiden. Gelingt es den Regulierungsbehörden nicht, innerhalb der Frist von sechs Monaten nach Einreichung des ursprünglichen Vorschlags oder der Frist von zwei Monaten nach Einreichung des geänderten Vorschlags eine Einigung zu erzielen, oder falls sie ein entsprechendes gemeinsames Ersuchen stellen, erlässt die ACER gemäß Artikel 5 Absatz 7 oder Artikel 6 Absatz 2 der EB-Verordnung nach dem Verfahren des Artikels 6 Absatz 10 Unterabsatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 2019/942 eine Entscheidung über den Vorschlag der ÜNB.
- (3) Die vorliegende Entscheidung der ACER geht zurück auf das gemeinsame Ersuchen aller Regulierungsbehörden um eine Entscheidung der ACER über den Vorschlag für den INIF, der von allen ÜNB an alle Regulierungsbehörden zur Genehmigung übermittelt wurde und hinsichtlich dessen alle Regulierungsbehörden keine Einigung erzielen konnten. Anhang I zu dieser Entscheidung enthält den INIF gemäß Artikel 22 Absatz 1 der EB-Verordnung in der von der ACER beschlossenen Fassung.

2. VERFAHREN

2.1. Verfahren vor den Regulierungsbehörden

- (4) Gemäß Artikel 22 Absatz 1 der EB-Verordnung müssen alle ÜNB innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der EB-Verordnung einen Vorschlag zum INIF vorlegen. Da die EB-Verordnung am 18. Dezember 2017 in Kraft trat, waren alle ÜNB gehalten, bis zum 18. Juni 2018 einen Vorschlag für den INIF vorzulegen.

- (5) Am 15. Januar 2018 stellten alle ÜNB den Entwurf für den „Vorschlag aller ÜNB für das IN-Verfahren gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem“³ zur öffentlichen Konsultation. Die Konsultation dauerte vom 15. Januar 2018 bis zum 15. März 2018.
- (6) Am 18. Juni 2018 reichten alle ÜNB bei allen Regulierungsbehörden einen „Vorschlag aller ÜNB für den Umsetzungsrahmen einer europäischen Plattform für das IN-Verfahren gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem“⁴ ein. Am 21. November 2018 ging der INIF bei der letzten betroffenen Regulierungsbehörde ein.
- (7) Am 9. November 2018 entschieden alle Regulierungsbehörden einstimmig, eine Änderung des INIF zu verlangen. Dieser Antrag wurde an alle ÜNB geschickt. Am 15. Januar 2019 veröffentlichte die letzte Regulierungsbehörde den Änderungsantrag auf nationaler Ebene. Am 23. Januar 2019 schickten alle ÜNB erneut einen geänderten INIF an alle Regulierungsbehörden.
- (8) Am 19. März 2019 ging der geänderte INIF bei der letzten betroffenen Regulierungsbehörde ein. Mit der ACER-Entscheidung Nr. 06/2019 wurde die Frist zur Herbeiführung einer Einigung bezüglich des geänderten INIF um zwei Monate verlängert, und am 19. Juli 2019 kamen alle Regulierungsbehörden zu der Einigung, von allen ÜNB eine zweite Änderung des INIF zu fordern.
- (9) Alle ÜNB reichten am 10. September 2019 erneut bei allen Regulierungsbehörden den geänderten INIF ein und die letzte Regulierungsbehörde erhielt den geänderten INIF (im Folgenden „Vorschlag“) am 28. Oktober 2019. Deshalb war die neue Genehmigungsfrist aller Regulierungsbehörden der 28. Dezember 2019.

2.2. Verfahren vor ACER

- (10) In einer E-Mail vom⁵ 14. Januar 2020, die am selben Tag von ACER empfangen wurde, informierte der Vorsitzende des Forums der Energieregulierungsbehörden⁶ die ACER im Namen aller Regulierungsbehörden darüber, dass sie innerhalb der Frist von zwei Monaten keine Einigung erzielen konnten. Deshalb kann der INIF ab dem

³ https://consultations.entsoe.eu/markets/implementation-framework-imbalance-netting-process/supporting_documents/Proposal%20for%20implementation%20framework%20for%20the%20imbalance%20netting%20process.pdf

⁴ <https://www.acer.europa.eu/en/Electricity/MARKET-CODES/ELECTRICITY-BALANCING/06%20aFRR%20IF/Action%201%20-%20aFRR%20IF%20proposal.pdf>

⁵ <https://www.acer.europa.eu/en/Electricity/MARKET-CODES/ELECTRICITY-BALANCING/06%20aFRR%20IF/Action%202%20-%20aFRR%20IF%20referral%20to%20ACER%20letter.pdf>

⁶ Die Plattform aller Regulierungsbehörden für die Konsultation und Zusammenarbeit im Hinblick auf die Herbeiführung einer einstimmigen Einigung über die Vorschläge der NEMO und ÜNB.

28. Dezember 2019 als an die ACER verwiesen angesehen werden, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 der EB-Verordnung über den Vorschlag entscheiden sollte.

- (11) In der E-Mail wurde erläutert, einige Regulierungsbehörden seien aufgrund der Tatsache, dass der zweite geänderte Vorschlag nach dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2019/942 der Kommission am 4. Juli 2019 zur Einrichtung einer Agentur der europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden eingereicht wurde, der Ansicht, sie wären nicht mehr dafür zuständig, eine Entscheidung über den Vorschlag zu fällen. Deshalb waren alle Regulierungsbehörden nicht in der Lage, innerhalb der Frist von zwei Monaten zu einer Einigung zu gelangen und gemäß Artikel 6 Absatz 2 der EB-Verordnung ist der Vorschlag ab dem 28. Dezember als an die ACER verwiesen anzusehen.
- (12) Am 10. Februar 2020 begann die ACER die Konsultationsphase für den Vorschlag und lud betroffene Parteien, hier alle ÜNB und alle Regulierungsbehörden, dazu ein, ihre Anmerkungen zum Vorschlag zu schicken. Die ACER führte keine öffentliche Anhörung durch, da die direkt betroffenen Interessenträger ÜNB und Regulierungsbehörden waren und diese bereits konsultiert wurden.
- (13) Es gab eine enge Zusammenarbeit der ACER mit allen Regulierungsbehörden und allen ÜNB, die in Telefonkonferenzen und Sitzungen sowie durch schriftlichen Austausch von Änderungsvorschlägen eingehend zu den von der ACER empfohlenen Änderungen des Vorschlags konsultiert wurden. Insbesondere wurden die folgenden Verfahrensschritte unternommen, wobei die ACER grundsätzlich vor jeder Interaktion eine neue Fassung der von ihr empfohlenen Änderungen des Vorschlags an die Regulierungsbehörden und die ÜNB weitergab:
- 22. und 23. Januar 2020: Erörterung mit allen Regulierungsbehörden im Rahmen der Taskforce „Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem“ der ACER („EB TF“);
 - 14. Februar 2020: Telefonkonferenz mit allen Regulierungsbehörden und ÜNB;
 - 26. und 27. Februar 2020: Erörterung mit allen Regulierungsbehörden im Rahmen der Taskforce „Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem“ der Agentur („EB TF“);
 - 28. Februar 2020: Telefonkonferenz mit allen Regulierungsbehörden und ÜNB;
 - 13. März 2020: Telefonkonferenz mit allen Regulierungsbehörden und ÜNB;
 - 17. März 2020: Erörterung mit allen Regulierungsbehörden im Rahmen der EB TF;
 - 27. März 2020: Telefonkonferenz mit allen Regulierungsbehörden und ÜNB;
 - 23. April 2020: Erörterung mit allen Regulierungsbehörden im Rahmen der Arbeitsgruppe „Elektrizität“ der ACER („AEWG“);
 - 13. Mai 2020: Erörterung mit allen Regulierungsbehörden in der Sitzung des Regulierungsrats.

3. ZUSTÄNDIGKEIT DER AGENTUR FÜR DIE ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN VORSCHLAG

- (14) Artikel 6 Absatz 2 der EB-Verordnung sieht für den Fall, dass es den zuständigen Regulierungsbehörden nicht gelingt, eine Einigung zu erzielen, oder dass sie ein entsprechendes gemeinsames Ersuchen stellen, vor, dass die ACER gemäß Artikel 6 Absatz 10 der Verordnung (EU) 2019/942 innerhalb von sechs Monaten eine Entscheidung über die vorgelegten Vorschläge für Modalitäten oder Methoden erlässt.
- (15) Laut der E-Mail des Vorsitzenden des Forums der Energieregulierungsbehörden vom 14. Januar 2020 konnten sich die Regulierungsbehörden bezüglich des Vorschlags nicht einigen und deshalb sollte die ACER gemäß Artikel 6 Absatz 2 der EB-Verordnung über den Vorschlag entscheiden. Diese E-Mail wurde von allen Regulierungsbehörden nach Ablauf der zweimonatigen Frist nach Erhalt des geänderten Vorschlags (d. h. am 28. Dezember 2019) verschickt.
- (16) Daher wurde die ACER gemäß Artikel 6 Absatz 2 der EB-Verordnung und Artikel 6 Absatz 10 der Verordnung (EU) 2019/942 durch das Ablaufen der Frist für alle Regulierungsbehörden am 28. Dezember und das am 14. Januar 2020 eingegangene Ersuchen für die Entscheidung über den Vorschlag zuständig.

4. ZUSAMMENFASSUNG DES VORSCHLAGS

- (17) Der Vorschlag enthält folgende Elemente:
- (a) die Präambel sowie die Artikel 1 und 2 mit allgemeinen Bestimmungen, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen;
 - (b) Artikel 3 mit der Grobstruktur der IN-Plattform;
 - (c) Artikel 4 mit einer Beschreibung der Grenzwerte für die IN-Grenzen, einschließlich der Bestimmung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität;
 - (d) Artikel 5 mit dem Zeitplan für die Umsetzung der IN-Plattform;
 - (e) Artikel 6 und 7 mit einer genauen Darstellung der Funktionen und der Backup-Verfahren für die IN-Plattform;
 - (f) Artikel 8 und 9 mit einer Beschreibung der Plattform-Governance und des Entscheidungsprozesses;
 - (g) Artikel 10 mit der Benennung der Einrichtung, die den Betrieb aller Funktionen der IN-Plattform übernimmt;
 - (h) Artikel 11 und 12 mit der Kategorisierung und Verteilung der Kosten sowie dem Rahmen zur Harmonisierung der mit dem Systemausgleich verbundenen Modalitäten;
 - (i) Artikel 13, der die Anforderungen an den Optimierungsalgorithmus enthält;
 - (j) Artikel 14, der die Veröffentlichung sowie die Umsetzung beschreibt;
 - (k) Artikel 15, der Bestimmungen zur Sprache enthält.

5. ZUSAMMENFASSUNG DER BEI DER ACER EINGEGANGENEN BEMERKUNGEN

5.1. Erste Bemerkungen aller Regulierungsbehörden

(18) Laut E-Mail des Vorsitzenden des Forums der Energieregulierungsbehörden vom 14. Januar 2020 waren die Regulierungsbehörden nicht in der Lage, innerhalb der Frist von zwei Monaten zu einer Einigung zu gelangen, da manche von ihnen der Ansicht waren, sie wären für eine Entscheidung nicht zuständig. In der E-Mail wurden von den Regulierungsbehörden keine möglichen Defizite des Vorschlags erwähnt.

5.2. Konsultation aller Regulierungsbehörden und ÜNB

(19) In enger Zusammenarbeit und Konsultation mit allen Regulierungsbehörden und ÜNB, wie in Erwägungsgrund (13) oben aufgeführt, hat die ACER:

- a) den Abgleich des Vorschlags mit dem Umsetzungsrahmen einer aFRR-Plattform⁷ erörtert, der gemäß ACER-Entscheidung Nr. 02/2020⁸ angenommen wurde, da die zwei Plattformen für IN und aFRR verknüpft sein und eng interagieren werden;
- b) in Bezug auf die Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten, den gesamten Prozess, die mögliche effiziente Gestaltung eines solchen Prozesses und die Verantwortlichkeiten der beteiligten Parteien sowie die Entwicklung dieses Prozesses zu einer Kapazitätenmanagementfunktion weiter erörtert;
- c) bezüglich der Wechselwirkung mit dem aFRR-Verfahren den Prozess und die Reihenfolge der Optimierungsschritte geklärt;
- d) bezüglich der vorgeschlagenen Benennung einer einzigen Einrichtung, die den Betrieb aller Funktionen der IN-Plattform übernehmen soll, die rechtliche Übereinstimmung mit der EB-Verordnung sichergestellt.

5.3. Öffentliche Konsultation

(20) Die Agentur entschied, keine öffentliche Konsultation durchzuführen, da die aktuelle Entscheidung nur einen direkten Einfluss auf Regulierungsbehörden und ÜNB hätte und nicht auf andere Interessenträger. Während der europäischen Konsultation durch ÜNB drückten die Interessenträger nur beschränkt ihr Interesse am Vorschlag aus, und die während dieser Konsultation angesprochenen Punkte wurden von den ÜNB für die endgültige Einreichung zur Genehmigung berücksichtigt. Nach der ersten Einreichung durch alle ÜNB wurden von allen Regulierungsbehörden zwei

⁷ Frequenzwiederherstellungsreserven mit automatischer Aktivierung.

⁸ https://www.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Individual%20decisions/ACER%20Decision%2002-2020%20on%20the%20Implementation%20framework%20for%20aFRR%20Platform.pdf

Folgeanträge auf Änderung gestellt, die von den ÜNB bei der erneuten Einreichung des Vorschlags berücksichtigt wurden.

5.4. Anhörungsphase

- (21) Die ACER leitete am 6. April 2020 eine Anhörungsphase ein, indem allen ÜNB und allen Regulierungsbehörden ein nahezu endgültiger Entwurf von Anhang I dieser Entscheidung sowie die Begründungen für die eingeführten Änderungen am Vorschlag vorgelegt wurden. Diese Anhörungsphase dauerte bis zum 17. April 2020. Während dieser Zeit erhielt die ACER im Namen aller ÜNB eine schriftliche Antwort vom ENTSO (Strom)⁹.
- (22) ENTSO (Strom) widerspricht dem Vorschlag von ACER in zwei Hauptpunkten. Der erste Punkt besteht darin, dass ENTSO (Strom) die Kapazitätsmanagementfunktion nicht als erforderliche Funktion für den Betrieb der IN-Plattform ansieht und dass die ACER nicht befugt ist, eine solche Funktion zu definieren. Zweitens ist ENTSO (Strom) nicht mit den Änderungen an der Benennung der Einrichtung in Artikel 12 einverstanden und argumentiert, dass ein Unternehmen im Besitz von ÜNB nicht effizienter wäre als die benannte Einrichtung, um die IN-Plattform zu betreiben. Die ACER hat keine rechtliche Befugnis, die Wahl der ÜNB auf eine einzige Einrichtung einzuschränken, da die EB-Verordnung auch mehrere Einrichtungen für die Benennung erlaubt. Um die obigen Argumente zu unterstützen, erwähnt ENTSO (Strom), dass die Regulierungsbehörden die ACER nicht gebeten haben, Änderungen an Artikel 12 der Einrichtungsbenennung vorzunehmen. ENTSO (Strom) drückte außerdem Bedenken aus, dass die ACER die ÜNB aufgefordert hat, eine Änderung des Vorschlags einzureichen, wenn die ÜNB den Ansatz bezüglich der einzigen Einrichtung ändern und die Option mit mehreren Einrichtungen wählen, die die Funktionen der IN-Plattform durchführen sollen.

6. BEWERTUNG DES VORSCHLAGS

6.1. Rechtlicher Rahmen

- (23) Gemäß Artikel 4 Absatz 1, Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der EB-Verordnung sind alle ÜNB verpflichtet, den Vorschlag für den INIF gemäß Artikel 22 Absatz 1 der EB-Verordnung vorzulegen. Dieser Vorschlag muss allen Regulierungsbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden.
- (24) In Artikel 22 der EB-Verordnung sind die Anforderungen an die Entwicklung eines Vorschlags für eine IN-Plattform und deren Umsetzung niedergelegt. Danach sind alle ÜNB gehalten, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der EB-Verordnung einen Vorschlag für den INIF vorzulegen. Die ÜNB müssen zu dem Vorschlag eine Konsultation gemäß Artikel 10 der EB-Verordnung durchführen.

⁹ Europäisches Netz der Übertragungsnetzbetreiber

- (25) Artikel 18 der EB-Verordnung enthält alle Anforderungen hinsichtlich der Modalitäten für den Systemausgleich auf Ebene der Mitgliedstaaten. Bei diesen nationalen Modalitäten für den Systemausgleich muss der Umsetzungsrahmen der IN-Plattform gemäß Artikel 18 Absatz 3 der EB-Verordnung beachtet werden.
- (26) Artikel 23 der EB-Verordnung regelt die Grundsätze der Kostenteilung für die Einrichtung, Änderung und den Betrieb der IN-Plattform gemäß Artikel 22 der EB-Verordnung.
- (27) In Artikel 28 der EB-Verordnung sind die Bestimmungen zu den Backup-Verfahren festgehalten, die einzuhalten sind, wenn beispielsweise die Koordinierung von Regelarbeit scheitert.
- (28) In Artikel 36 und 37 der EB-Verordnung sind die Anforderungen an die Nutzung und Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität für den Austausch von Regelarbeit aufgelistet.
- (29) Artikel 58 der EB-Verordnung enthält Bestimmungen zu den Regelreservealgorithmen der Aktivierungs-Optimierungsfunktion für die IN-Plattform.
- (30) Artikel 62 der EB-Verordnung enthält eine Beschreibung der Möglichkeiten für die Beantragung von Freistellungen und insbesondere einer Freistellung von der Frist für die Nutzung der IN-Plattform.
- (31) Artikel 5 Absatz 5 der EB-Verordnung schreibt allgemein vor, dass der Vorschlag einen Vorschlag für den Zeitplan seiner Umsetzung und eine Beschreibung seiner Auswirkungen auf die Ziele der Verordnung enthalten muss.

6.2. Würdigung der rechtlichen Anforderungen

6.2.1. Würdigung der Anforderungen an die Entwicklung und an den Inhalt des Vorschlags

6.2.1.1. Entwicklung des Vorschlags

- (32) Der Vorschlag genügt den Anforderungen in Artikel 4 Absätze 1 und 2 sowie Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der EB-Verordnung, da von allen ÜNB ein gemeinsamer Vorschlag für den INIF entwickelt und allen Regulierungsbehörden zur Genehmigung vorgelegt wurde.
- (33) Das Verfahren zur Entwicklung des Vorschlags genügte den Anforderungen von Artikel 22 Absatz 1 der EB-Verordnung nicht, da der Vorschlag zwar von den meisten ÜNB bis zum 18. Juni 2018 – also innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten der EB-Verordnung – vorgelegt wurde, vom letzten ÜNB jedoch erst am 10. Juli 2018. Das heißt, dass die Sechsmonatsfrist für die Vorlage nicht eingehalten wurde. Der Vorschlag war auch Gegenstand der im obigen Abschnitt 2.1 beschriebenen Konsultation.

6.2.1.2. *Vorgeschlagener Zeitplan für die Umsetzung*

- (34) In Bezug auf den vorgeschlagenen Zeitplan für die Umsetzung in Artikel 5 der INIF erfüllt der Vorschlag die Anforderungen in Artikel 5 Absatz 5 der EB-Verordnung.

6.2.1.3. *Beschreibung der voraussichtlichen Auswirkungen auf die Ziele der EB-Verordnung*

- (35) Der Vorschlag erfüllt die Anforderungen von Artikel 5 Absatz 5 der EB-Verordnung bezüglich der Beschreibung der erwarteten Auswirkungen auf die Ziele der EB-Verordnung nicht vollständig. Die Erwägungsgründe des Vorschlags enthalten eine Beschreibung der voraussichtlichen Auswirkungen des INIF auf die Ziele in Artikel 3 der EB-Verordnung. Die Agentur ergänzte Erwägungsgrund 20 des Vorschlags um die Unterabsätze b, g und h, um genauer auf die erwarteten Auswirkungen auf jedes der Ziele der EB-Verordnung einzugehen, und richtete den Wortlaut der anderen Unterabsätze an dem Umsetzungsrahmen einer aFRR-Plattform aus, der gemäß ACER-Entscheidung Nr. 02/2020 angenommen wurde.

6.2.2. Würdigung der Anforderungen an die Grobstruktur der IN-Plattform

- (36) Nach Artikel 22 Absatz 2 der EB-Verordnung sollte die IN-Plattform, die von ÜNB oder von einer von den ÜNB geschaffenen Einrichtung betrieben wird, auf gemeinsamen Leitungsgrundsätzen und Geschäftsverfahren basieren und mindestens die IN-Verfahrensfunktion und die ÜNB-Abrechnungsfunktion umfassen. Diese europäische Plattform sollte ein multilaterales ÜNB/ÜNB-Modell anwenden. Die Bewertung des Vorschlags im Hinblick auf diese Anforderungen wird in den Abschnitten 6.2.7 über die Einrichtung, die die IN-Plattform betreibt, 6.2.6 über die Leitung, (56) über die Funktionen der IN-Plattform und 6.2.3 über die Grobstruktur behandelt.

6.2.3. Würdigung der Anforderungen an die Grobstruktur der IN-Plattform

- (37) Gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe a der EB-Verordnung sollte der Vorschlag die in Artikel 3 des Vorschlags vorgesehene Grobstruktur der IN-Plattform enthalten. Der Vorschlag erfüllt nicht die Anforderung gemäß der Beschreibung im nachfolgenden Abschnitt 6.2.3.1 und die Agentur führte die notwendigen Änderungen durch, einschließlich einiger kleiner redaktioneller Klarstellungen und Anpassungen des Wortlauts bei Artikel 3 des Umsetzungsrahmens einer aFRR-Plattform, der gemäß ACER-Entscheidung Nr. 02/2020¹⁰ angenommen wurde.

6.2.3.1. *Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten*

- (38) Artikel 3 des Vorschlags enthält eine Beschreibung der wichtigsten Prozesse, die von der IN-Plattform ausgeführt werden, sowie eine Übersicht über die Ein- und Ausgaben

¹⁰ https://www.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Individual%20decisions/ACER%20Decision%2002-2020%20on%20the%20Implementation%20framework%20for%20aFRR%20Platform.pdf

der Funktionen und die wichtigsten Verfahren. In Artikel 4 ist jedoch auch ein wesentlicher Prozess der Plattform beschrieben: die Aktualisierung der Übertragungskapazitäten, mit denen der Austausch von Regelarbeit an den IN-Grenzen beschränkt wird. Die ACER änderte die Definition dieser Beschränkungen von „grenzüberschreitende IN-Übertragungskapazitätsgrenzen“ in „Übertragungskapazitätsgrenzwerte für IN-Grenzen“. Diese Änderung war notwendig, weil der Begriff „grenzüberschreitend“ normalerweise für Grenzen zwischen Mitgliedstaaten verwendet wird, aber in Zusammenhang mit der IN-Plattform die IN-Grenzen nicht immer den Grenzen zwischen Mitgliedstaaten entsprechen.

- (39) Darüber hinaus hat die ACER Artikel 4 geändert, um den Unterschied zwischen den Übertragungskapazitätsgrenzwerten an den IN-Grenzen und den grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten zu verdeutlichen. Die beiden Definitionen sind in Bezug auf die IN-Grenzen, die einer Gebotszonengrenze entspricht, gleich, und die Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen entsprechen den grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten, deren Definition und Aktualisierung in den folgenden Abschnitten von Artikel 4 des Vorschlags näher bestimmt sind. Falls eine IN-Grenze nicht einer Gebotszonengrenze entspricht, sollten die Übertragungskapazitätsgrenzwerte für die IN-Grenzen im Prinzip unendlich sein, dennoch muss für die technische Einführung des Algorithmus und für die Möglichkeit, den Austausch von Regelarbeit zwischen den ÜNB zu beschränken, die gemäß Artikel 146 Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 147 Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 148 Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 149 Absatz 3 und Artikel 150 Absatz 3 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb („SO-Verordnung“) möglich sind, ein Grenzwert definiert werden. Demnach hat die ACER in Absprache mit den ÜNB und den Regulierungsbehörden für diesen technischen Grenzwert 99.999 MW festgelegt.
- (40) Gemäß Artikel 37 Absatz 1 der EB-Verordnung ist es erforderlich, dass alle ÜNB nach dem Zeitpunkt der Schließung des zonenübergreifenden Intraday-Markts kontinuierlich die Verfügbarkeit grenzüberschreitender Übertragungskapazität für den Austausch von Regelarbeit aktualisieren und dass die Angaben zur grenzüberschreitenden Übertragungskapazität immer dann aktualisiert werden, wenn ein Teil der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität genutzt oder grenzüberschreitende Übertragungskapazität neu berechnet wurde. Darüber hinaus müssen die ÜNB gemäß Artikel 37 Absatz 2 der EB-Verordnung die nach dem Zeitpunkt der Schließung des zonenübergreifenden Intraday-Markts verbleibende grenzüberschreitende Übertragungskapazität nutzen.
- (41) Diesen Anforderungen folgend beschreibt Artikel 4 des Vorschlags ein Verfahren zur Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten. Dieses Verfahren schließt Folgendes ein:
- (a) die Festlegung der anfänglichen grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten, bei denen es sich entweder um die verbleibenden grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten nach der einzelnen Intraday-Verknüpfung oder aber um die grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten

- handelt, die anhand der Methoden gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EB-Verordnung berechnet werden;
- (b) die Aktualisierung der Anfangswerte, um zusätzliche grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten widerzuspiegeln, die dem RR¹¹-, mFRR¹²- und aFRR-Verfahren gemäß Artikel 38 Absatz 1 der EB-Verordnung zugewiesen wurden;
 - (c) die Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten anhand der bereits zugewiesenen Übertragungskapazitäten innerhalb des Zeitbereichs, wobei es sich um Übertragungskapazitäten handeln kann, die bereits in anderen EU-Regelarbeitsplattformen zugewiesen wurden, und um Übertragungskapazitäten, die im Rahmen anderer lokaler oder regionaler ÜNB-Verfahren (z. B. Entlastungsmaßnahmen) zugewiesen wurden; und
 - (d) die Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten zur Berücksichtigung verschiedener rechtlich möglicher Beschränkungen gemäß Artikel 146 Absatz 3, Artikel 147 Absatz 3, Artikel 148 Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 149 Absatz 3, Artikel 150 Absatz 3 Buchstabe b und Artikel 171 Absatz 1 der SO-Verordnung.
- (42) Der Prozess der Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten bringt daher die Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten mit sich:
- (a) während des Betriebs der IN-Plattform (auf Plattformebene): z. B. wegen des Austauschs von Regelarbeit, der von der IN-Plattform bestimmt wurde, oder aufgrund anderweitiger grenzüberschreitender Austauschhandlungen oder Beschränkungen, die während des Betriebs der IN-Plattform erfolgt sind;
 - (b) vor der Inbetriebnahme der IN-Plattform (plattformübergreifend): z. B. wegen des Austauschs von Regelarbeit, der von den Vorgängerplattformen der IN-Plattform bestimmt wurde, oder aufgrund anderweitiger grenzüberschreitender Austauschhandlungen oder Beschränkungen, die vor der Inbetriebnahme der IN-Plattform erfolgt sind;
- (43) Wie in Erwägungsgrund (11) oben erläutert, nahmen die Regulierungsbehörden keine Informationen über die Punkte auf, in denen es Unstimmigkeiten bezüglich des Inhalts des Vorschlags gab. Deshalb forderten die Regulierungsbehörden in ihrer E-Mail an ACER nicht, dass der Vorschlag hinsichtlich der Koordinierung der nachfolgenden Zuweisung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten geändert werden sollte, wie es bereits im beigefügten Non-Paper¹³ für den Verweis, der zu ACER-Entscheidung Nr. 02/2020 führte, erfolgte. Dennoch berücksichtigte die ACER auch diesen Antrag der aFRR-Plattform bei der IN-Plattform und nahm in Artikel 4 des

¹¹ Ersatzreserven

¹² Frequenzwiederherstellungsreserven mit manueller Aktivierung

¹³ <https://www.ccer.eu/documents/104400/-/-/8821e98e-8de0-8565-5b51-c36d51b19cc9>

Vorschlags dieselben Änderungen vor, um ihn an Artikel 4 des Umsetzungsrahmens auszurichten, der gemäß ACER-Entscheidung Nr. 02/2020 angenommen wurde.

- (44) Demnach stimmte die ACER dem (im Non-Paper für die aFRR-Plattform gestellten) Antrag aller Regulierungsbehörden zu und stellte das gesamte Konzept einer von den ÜNB vorgeschlagenen dezentralen, nicht koordinierten Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten in Frage. Sie schlug stattdessen vor, dass die ÜNB einen zentralisierten Ansatz verfolgen sollten, der für den Prozess der Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten effizienter und transparenter wäre. Entsprechend diesen Vorschlägen haben die ÜNB die Notwendigkeit einer koordinierten, zentralen Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten auf der Plattform selbst, aber auch plattformübergreifend bestätigt.
- (45) In diesem Zusammenhang stellte die ACER auch in Frage, wie der gesamte Prozess der Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten in die Struktur der IN-Plattform passt. Nach Kenntnis der ACER müssen alle Plattformprozesse in die Funktionen der Plattform integriert werden. Aus dem Vorschlag wird jedoch nicht deutlich, von welcher Funktion der Plattform die Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten übernommen wird. Diese Funktion muss eingeführt werden, um Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe c der EB-Verordnung zu genügen, worin vorgeschrieben ist, dass im INIF die Funktionen festgelegt werden, die für den Betrieb der europäischen Plattform erforderlich sind.
- (46) Daher hat die ACER eine Anforderung an die Kapazitätenmanagementfunktion formuliert, wonach die Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten als Eingabe für die Aktivierungs-Optimierungsfunktion benötigt wird. Da die ÜNB ursprünglich jedoch nicht geplant hatten, die Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten als zentrale Plattformfunktion zu organisieren, hält es die ACER für angemessen, den ÜNB etwas mehr Zeit für die Umsetzung dieses Verfahrens als zentralisierte Plattformfunktion einzuräumen. Mit dieser Übergangsphase soll verhindert werden, dass sich die Umsetzung der Plattformen verzögert, da die Einhaltung der Umsetzungsfrist eine höhere Priorität haben sollte als die Umsetzung dieser Funktion auf zentralisierte Art und Weise.
- (47) Da die technische Analyse des Prozesses der Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten gezeigt hat, dass dieser Prozess sowohl eine plattforminterne als auch eine plattformübergreifende Aktualisierung erfordert, ist die ACER der Ansicht, dass die Kapazitätsmanagementfunktion eine zentrale Funktion sein sollte, die nicht nur der IN-Plattform, sondern auch anderen Plattformen dient, die den gleichen Prozess der Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten erfordern. Da die Umsetzungsrahmen für die anderen Plattformen und die darin definierten Funktionen nicht in den rechtlichen Rahmen dieses INIF fallen, hat die ACER diese Verpflichtung unter Vorbehalt übernommen, d. h. wenn die gleiche Verpflichtung für die Kapazitätenmanagementfunktion auch in anderen Umsetzungsrahmen auferlegt wird.

- (48) Nun enthalten die ACER-Entscheidungen Nr. 02/2020 und 03/2020 auf den beiden anderen europaweiten Plattformen ebenfalls diese Bestimmung für eine Kapazitätsmanagementfunktion, wodurch die Kapazitätsmanagementfunktion zu einer plattformübergreifenden Funktion wird. Während der Anhörung erläuterten die ÜNB, dass sie ein Projekt mit IT-Anforderungen in die Wege leiten möchten, bei dem die Kapazitätsmanagementfunktion zum selben Zeitpunkt in allen drei europaweiten Plattformen bereitgestellt würde. Der Grund für diesen Zeitplan lässt sich mit der Anforderung erklären, eine Kapazitätsmanagementfunktion zu entwerfen, die grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten auf einer plattformübergreifenden Ebene bereitstellt. Deshalb sollte die Kapazitätsmanagementfunktion für die entsprechenden drei Plattformen am besten zum selben Zeitpunkt umgesetzt werden, um Synergien nutzen und eine einheitliche Struktur aller Plattformen gewährleisten zu können. Aus diesem Grund stellte die ACER weitere Jahre für die Umsetzung der Kapazitätsmanagementfunktion zur Verfügung, d. h. zwei Jahre nach Ablauf der Umsetzungsfrist für die aFRR-Plattform. Dies führt zu einer Verzögerung der Umsetzung der Kapazitätsmanagementfunktion im Vergleich zur Umsetzung der IN-Plattform von etwa drei Jahren (die Frist für die Umsetzung der Kapazitätsmanagementfunktion für die aFRR-Plattform läuft gemäß ACER-Entscheidung Nr. 02/2020 am 24.07.2024 ab).
- (49) Während der Anhörung erläuterten alle ÜNB, dass die Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten in Form eines Kapazitätsmanagementmoduls realisiert wird, das in die Optimierungsfunktion integriert wird. ENTSO (Strom) erläuterte außerdem, dass das Kapazitätsmanagementmodul ein plattformübergreifendes Modul sein wird, um die Transparenz und Robustheit zu verbessern, und dass es als vorteilhaft angesehen wird. Dennoch argumentieren die ÜNB, dass die IN-Plattform ohne die Kapazitätsmanagementfunktion (gemäß der Definition der ACER) funktionieren könnte, da die Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten auch individuell von jedem einzelnen ÜNB effizient durchgeführt werden kann. Nach Auffassung der ÜNB liefert die Startlösung für die IN-Plattform ohne die Kapazitätsmanagementfunktion auch den Beweis dafür, dass die Kapazitätsmanagementfunktion für den Betrieb der IN-Plattform nicht benötigt wird.
- (50) Die ACER sieht keinen Widerspruch darin, eine spätere Umsetzung der Kapazitätsmanagementfunktion zu erlauben und diese zum Zeitpunkt der Umsetzung als notwendige Funktion für den Betrieb der IN-Plattform zu deklarieren. Der Vorschlag in Artikel 4 beschreibt einen dezentralisierten Prozess für die Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten, der nicht als Teil der Optimierung gilt, sodass er sich eindeutig von den anderen beiden Funktionen der IN-Plattform unterscheidet und für den Betrieb der IN-Plattform notwendig ist. Wie von den ÜNB erklärt, ist die effektivste Umsetzung eines solchen Prozesses jedoch der zentralisierte Ansatz; deshalb ist die Kapazitätsmanagementfunktion, bei der es sich um die zentralisierte Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten handelt, trotz der für die Umsetzung bereitgestellten

zusätzlichen Zeit für den effizienten Betrieb der IN-Plattform notwendig. Die ÜNB¹⁴ äußern sich zu diesem Thema konkret wie folgt: „Die ÜNB schlagen einen separaten ÜNB für die Kapazitätsmanagementfunktion vor, um die Effizienz über alle Plattformen hinweg zu maximieren.“ Die Regulierungsbehörden argumentieren im Non-Paper¹⁵, das für die ACER-Entscheidung Nr. 02/2020 für eine aFRR-Plattform eingereicht wurde: „Deshalb schlagen alle Regulierungsbehörden vor, den Wortlaut ‚jeder ÜNB‘ in Artikel 4.2 durch ‚Alle ÜNB aktualisieren [...] kontinuierlich [...] und stellen sie bereit‘ auszutauschen, um diese Zentralisierung widerzuspiegeln.“

- (51) Abschließend sei angemerkt, dass in Artikel 4 zur Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten nicht deutlich wird, auf welche Anforderung der EB-Verordnung damit Bezug genommen wird. Nach Klärung der Tatsache, dass es sich bei diesem Verfahren letztlich um eine Beschreibung einer Plattformfunktion handelt, geht die ACER nun davon aus, dass sich der geänderte Artikel 4 darauf bezieht, dass gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe a der EB-Verordnung die Grobstruktur der IN-Plattform angegeben werden muss. Vor diesem Hintergrund hat die ACER die notwendigen Änderungen an den Artikeln 3, 4 und 6 vorgenommen, um der Einführung der Kapazitätenmanagementfunktion als IN-Plattformfunktion Rechnung zu tragen.
- (52) Darüber hinaus sind in Artikel 4 des Vorschlags einige Fälle in Zusammenhang mit betriebssicherheitsbedingten Grenzwerten festgelegt, die bei der Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten Berücksichtigung finden sollten. Während der Konsultation mit den Regulierungsbehörden und den ÜNB hat die ACER die Fälle in Zusammenhang mit HGÜ¹⁶-Verbindungsleitungen näher erläutert und so im geänderten Artikel 4 des Vorschlags die erforderlichen Bezüge zur SO-Verordnung hergestellt.
- (53) ACER ergänzte die Präambel des Vorschlags um Erwägungsgrund 14, um die Interaktion mit der aFRR-Plattform klarzustellen und die Einzelheiten für die Kapazitätsmanagementfunktion der IN-Plattform zu erläutern.
- (54) Zudem hat die ACER einige kleinere Änderungen an Artikel 3 des Vorschlags vorgenommen, die die erforderlichen Änderungen gemäß der Würdigung der rechtlichen Anforderungen nach der Beschreibung in Abschnitt (56) im Hinblick auf den Verweis auf die Kapazitätsmanagementfunktion widerspiegeln.

¹⁴ Siehe Seite 10 unten in „191218-TSOs_proposal_entity_and_clarifications.pdf“

¹⁵ <https://www.ceer.eu/documents/104400/-/-/8821e98e-8de0-8565-5b51-c36d51b19ce9>

¹⁶ Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung

6.2.4. Würdigung der Anforderungen an den Fahrplan und die Zeitpläne für die Umsetzung

- (55) Der Vorschlag erfüllt die Anforderungen gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe b der EB-Verordnung, da in Artikel 5 des Vorschlags ein Fahrplan sowie Zeitpläne für die Umsetzung der IN-Plattform enthalten sind.
- (56) In Artikel 5 des Vorschlags sind die Umsetzungsfristen für die IN-Plattform angegeben, die den Fristen gemäß Artikel 22 Absätze 4 und 5 der EB-Verordnung Rechnung tragen. Dennoch hat die ACER Änderungen an Artikel 5 vorgenommen, um den Wortlaut am Umsetzungsrahmen einer aFRR-Plattform auszurichten, der gemäß ACER-Entscheidung Nr. 02/2020¹⁷ angenommen wurde, um den Wortlaut und die Bedeutung der Bestimmungen zu verdeutlichen.
- (57) Viele Änderungen in den Abschnitten 1, 3 und 4 sind darin begründet, dass die rechtliche Übereinstimmung mit dem Wortlaut der EB-Verordnung verbessert werden sollte. Ferner hat die ACER in Abschnitt 3 den Zusammenhang zwischen dem frühen Umsetzungsprojekt IGCC¹⁸ und der künftigen IN-Plattform nach der Genehmigung des Vorschlags näher erläutert.
- (58) Die ÜNB veröffentlichen und aktualisieren regelmäßig den Fahrplan für den Beitritt¹⁹ für die Umsetzung der IN-Plattform, um den Interessenträgern bezüglich des Fortschrittsstatus mehr Transparenz zu bieten.

6.2.5. Würdigung der Anforderungen an die Funktionen der IN-Plattform

- (59) In Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe c der EB-Verordnung ist vorgeschrieben, dass der Vorschlag die Festlegung der für den Betrieb der IN-Plattform erforderlichen Funktionen enthalten muss. Darüber hinaus ist in Artikel 22 Absatz 2 der EB-Verordnung festgelegt, dass die IN-Plattform mindestens die IN-Verfahrensfunktion und die ÜNB-Abrechnungsfunktion umfassen muss. Artikel 6 des Vorschlags enthält eine übergeordnete Beschreibung dieser beiden Funktionen. Ferner ist in Artikel 6 des Vorschlags erwähnt, dass künftig – sofern dies für die Implementierung der Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EB-Verordnung als effizient betrachtet wird – eine dritte optionale Funktion ergänzt werden kann.
- (60) Wie in Abschnitt 6.2.3.1 erläutert, wurde während der Konsultation der ACER mit den Regulierungsbehörden und den ÜNB gemeinsam vereinbart, dass die Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten als separate Funktion definiert werden sollte. Demnach ist die in Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe c

¹⁷ https://www.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Individual%20decisions/ACER%20Decision%202020-2020%20on%20the%20Implementation%20framework%20for%20aFRR%20Platform.pdf

¹⁸ „IGCC“ bezeichnet die „International Grid Control Cooperation“ und ist das Umsetzungsprojekt, das sich zur IN-Plattform entwickeln soll

¹⁹ https://www.entsoe.eu/network_codes/eb/imbalance-netting/

der EB-Verordnung genannte Anforderung nicht in vollem Umfang erfüllt, da der Vorschlag keine Festlegung der Funktion enthält, die für die Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten benötigt wird, die wiederum für den Betrieb der IN-Plattform erforderlich ist. Die ACER hat die Funktionen, die für die IN-Plattform erforderlich sind, in Artikel 6 des Vorschlags um die Kapazitätenmanagementfunktion erweitert und Artikel 4 des Vorschlags so geändert, dass dort die Kapazitätenmanagementfunktion eingeführt wird und die Verfahren beschrieben werden. Weitere Änderungen in Zusammenhang mit der Einführung der Kapazitätenmanagementfunktion wurden in Artikel 3 Absatz 3, Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe b, Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c sowie in Erwägungsgrund 10 und Erwägungsgrund 12 des Vorschlags eingeführt.

6.2.6. Würdigung der Anforderungen an die Governance

- (61) Der Vorschlag erfüllt die Anforderungen in Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe d der EB-Verordnung, da er Bestimmungen für die Leitung und den Betrieb der IN-Plattform enthält. Artikel 8 des Vorschlags enthält die Governance-Struktur, während Artikel 9 die Bestimmungen für den Entscheidungsprozess enthält. Diese Bestimmungen sind mit dem Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit zwischen den ÜNB vereinbar, da alle beteiligten ÜNB im Hinblick auf Änderungen an der IN-Plattform ein Stimmrecht haben und sowohl im Entscheidungsfindungsgremium (d. h. im Lenkungsausschuss) als auch in der Expertengruppe mitwirken. Die Abstimmungsregeln für Entscheidungen, die vom Lenkungsausschuss in Bezug auf den Betrieb der IN-Plattform getroffen werden, basieren auf den Bestimmungen in Artikel 4 der EB-Verordnung und sind mit dem Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit und der Gleichbehandlung aller beteiligten ÜNB vereinbar.

6.2.7. Würdigung der Anforderungen an die vorgeschlagene Benennung der Einrichtung

- (62) Artikel 10 des Vorschlags besagt, dass alle ÜNB eine Einrichtung benennen müssen, die mit dem Betrieb aller Funktionen der IN-Plattform betraut ist. Daher erfüllt der Vorschlag die Anforderung des ersten Satzes von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung insoweit, als er einen Vorschlag für eine Einrichtung enthält, die die Funktionen der IN-Plattform übernimmt.
- (63) In Artikel 22 Absatz 2 der EB-Verordnung ist zudem festgelegt, dass die IN-Plattform von ÜNB oder von einer von den ÜNB geschaffenen Einrichtung betrieben werden sollte. Im Vorschlag ist festgelegt, dass die IN-Plattform von einer Einrichtung betrieben wird und dass es sich bei dieser Einrichtung um einen einzigen ÜNB handelt.
- (64) Die ACER stimmt zu, dass prinzipiell eine einzige Einrichtung, die alle Funktionen der IN-Plattform übernimmt, mit der EB-Verordnung konform ist. Dennoch hat die ACER die Option eines im Besitz von ÜNB befindlichen Unternehmens als eine einzige Einrichtung sowie die Option eines einzigen ÜNB hinzugefügt. Beide Optionen werden als einzige Einrichtung angesehen und sind mit der EB-Verordnung konform. Die ACER möchte die verfügbaren Optionen für ÜNB nicht mit der vorliegenden Entscheidung einschränken, und die tatsächliche Benennung wird

zusätzlich dazu in Übereinstimmung mit Artikel 22 Absatz 4 der EB-Verordnung nur sechs Monate nach der Genehmigung vorgenommen.

- (65) Wie jedoch in der Analyse in Abschnitt 6.2.3.1 beschrieben, ist der von der Kapazitätsmanagementfunktion ausgeführte Prozess für die IN-Plattform unerlässlich, da für den Betrieb der IN-Verfahrensfunktion kontinuierlich aktualisierte grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten erforderlich sind, und weil diese Aktualisierung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten am effektivsten über eine zentrale Funktion erfolgt, ist die Kapazitätsmanagementfunktion eine essentielle Funktion, die für den effizienten Betrieb der IN-Plattform und²⁰ benötigt wird. Insbesondere weil die IN-Plattform nicht mehr die einzige Systemausgleichsplattform ist, die grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten innerhalb des relevanten Zeitbereichs verwendet, wird ein koordinierter und zentralisierter Ansatz benötigt. In dieser Hinsicht ist die ÜNB-Abrechnungsfunktion (die von den ÜNB als Plattformfunktion angesehen wird) für den Betrieb der IN-Plattform weit weniger wichtig, da die IN-Verfahrensfunktion ohne eine solche Funktion genauso effizient betrieben werden kann. Angesichts der Tatsache, dass es sich bei der Kapazitätenmanagementfunktion um eine Funktion handelt, die für den Betrieb der IN-Plattform erforderlich ist, liegt die Präferenz laut Vorschlag der ÜNB²¹ eindeutig bei der Option mit mehreren Einrichtungen, da schließlich vorgeschlagen wird, die Kapazitätenmanagementfunktion von einem ÜNB zu betreiben, während ein anderer ÜNB mit der IN-Verfahrensfunktion und der ÜNB-Abrechnungsfunktion betraut wird. Aus diesem Grunde erfüllt dieser Vorschlag im Moment nicht die Anforderungen des zweiten Satzes von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung.
- (66) Deshalb hat die Agentur den Teil des ÜNB-Vorschlags angenommen, in dem festgelegt ist, dass die IN-Verfahrensfunktion und die ÜNB-Abrechnungsfunktion von einer einzigen Einrichtung betrieben werden.
- (67) Gemäß der Beschreibung in Erwägungsgrund (48) hat die ACER festgelegt, dass nach Ablauf der zweijährigen Frist für die Umsetzung der aFRR-Plattform die Kapazitätenmanagementfunktion als für den Betrieb der IN-Plattform erforderliche Funktion gilt. Dies bedeutet, dass die Einrichtung, von der diese Funktion ausgeführt wird, zum Zwecke dieser Entscheidung noch nicht genau benannt werden muss; so bleibt den ÜNB mehr Zeit für Besprechungen, Analysen und für die Einigung auf die effizienteste Lösung für die Benennung der Einrichtung für diese Funktion. Daher hat die ACER darauf verzichtet, die Einrichtung für den Betrieb der Kapazitätenmanagementfunktion festzulegen, und die ÜNB verpflichtet, einen Vorschlag zur Änderung des INIF auszuarbeiten, in dem die Benennung der

²⁰ Diese Schlussfolgerung ist unabhängig von der in Absatz (46) genannten Übergangszeit von zwei Jahren, die die Agentur den ÜNB für die Umsetzung der Kapazitätenmanagementfunktion eingeräumt hat und mit der verhindert werden soll, dass sich die Umsetzung der IN-Plattform und der aFRR-Plattform verzögert.

²¹ Die ACER bezieht sich auf den Vorschlag, der von den ÜNB während der Konsultationsphase für die ACER-Entscheidung Nr. 02/2020 gemacht wurde.

Einrichtung vorgeschlagen werden sollte, von der die Kapazitätenmanagementfunktion gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung ausgeführt wird. Dieser Änderungsvorschlag muss spätestens achtzehn Monate vor Ablauf der Frist für die Implementierung der Kapazitätenmanagementfunktion, d. h. zwei Jahre nach der Implementierung der aFRR-Plattform, zur regulatorischen Genehmigung vorgelegt werden. Sollten die ÜNB jedoch beabsichtigen, die Kapazitätenmanagementfunktion früher umzusetzen, sollten sie einen Vorschlag für die benannte Einrichtung, die mit dem Betrieb dieser Funktion betraut werden soll, rechtzeitig vor dem Umsetzungsdatum ausarbeiten. Das Änderungsverfahren muss den Bestimmungen in Artikel 6 der EB-Verordnung genügen.

- (68) Demnach ist es entsprechend den Schlussbestimmungen dieser Entscheidung zu der Einrichtung zulässig, dass die IN-Verfahrensfunktion und die ÜNB-Abrechnungsfunktion der IN-Plattform von einem einzigen ÜNB oder von einer Einrichtung betrieben werden, die von den ÜNB gemäß Artikel 22 Absatz 2 der EB-Verordnung geschaffen wird. Dies entspricht ferner Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung, da eindeutig eine einzige Einrichtung vorgeschlagen wird und daher die Anforderungen des zweiten Satzes von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung nicht erfüllt werden müssen. Schließlich lässt dieser Beschluss die Entscheidung über die Einrichtung, die die Kapazitätsmanagementfunktion ausübt, offen und verpflichtet die ÜNB, einen Vorschlag zu erarbeiten, in dem sie die Benennung der Einrichtung, die diese Funktion ausübt, gemäß Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung vorschlagen müssen.
- (69) Unbeschadet der in Artikel 22 Absatz 2 der EB-Verordnung genannten rechtlich möglichen Optionen, nämlich dass die IN-Plattform von ÜNB oder von einer von den ÜNB geschaffenen Einrichtung betrieben werden kann, wird in dem Vorschlag für die von ÜNB betriebene IN-Plattform nach Auffassung der ACER nicht genügend auf die unten in Erwägungsgrund (70) von der ACER vorgebrachten Bedenken eingegangen. Nach Ansicht der ACER gibt es überzeugende Argumente, die dafür sprechen, dass alle Funktionen der IN-Plattform langfristig von einer von den ÜNB geschaffenen Einrichtung betrieben werden und dass diese Einrichtung auch den Betrieb der anderen europäischen Regelarbeitsplattformen übernimmt.
- (70) Die ACER gab zu Beginn der Konsultationsphase und während der Anhörungsphase eine Stellungnahme ab, dass die IN-Plattform, die von einer von den ÜNB selbst geschaffenen Einrichtung betrieben wird, eine effizientere Lösung für die Umsetzung der Plattform wäre. Folgende Hauptgründe wurden von der ACER angegeben:
- (a) **Ausführung der plattformübergreifenden Funktionen.** Im Verlauf des Verfahrens hat die technische Analyse ergeben, dass das Aktualisierungsverfahren für grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten am wirksamsten durch eine Kapazitätenmanagementfunktion vereinfacht werden kann, die auf den verschiedenen Plattformen gleich ist. Somit würde eine Benennung derselben Einrichtung für verschiedene Plattformen die Möglichkeit bieten, dass eine zentrale Kapazitätenmanagementfunktion den Betrieb aller Plattformen unterstützt. Außerdem wird die zukünftige

Entwicklung der IN-Plattform wahrscheinlich andere plattformübergreifende Funktionen erfordern, wie beispielsweise die Kapazitätsberechnungsfunktion, die bereits in Artikel 6 des Vorschlags vorgesehen ist, sowie Änderungen der IN-Verfahrensfunktion, die in Zukunft aktualisiert wird, um beide aFRR-bezogene Plattformen mit derselben Aktivierungs-Optimierungsfunktion zu optimieren (unter der Bedingung, dass die aFRR- und die IN-Plattform in denselben geografischen Bereichen liegen). Daher könnte eine gemeinsame Einrichtung für alle Plattformen die künftige Entwicklung und Weiterentwicklung aller europäischen Plattformen erleichtern, in der Erwägung, dass die verteilte Zuweisung verschiedener Funktionen zu einem Hindernis für die künftige Entwicklung werden könnte.

- (b) **Direkte Managementkontrolle.** Der Benennung eines einzigen ÜNB für den Betrieb der IN-Plattform liegt eine Rahmenvereinbarung zwischen allen ÜNB und dem benannten ÜNB zugrunde, wonach der benannte ÜNB verpflichtet ist, Entscheidungen und Anweisungen aller ÜNB umzusetzen. Nach dieser Rahmenvereinbarung ist es hingegen nicht möglich, dass alle ÜNB die Managementkontrolle über die IN-Plattform haben. Schließlich kann, wenn die Entscheidungen oder Wünsche aller ÜNB von der Geschäftsführung nicht umgesetzt werden oder wenn zwischen dem als Einrichtung benannten ÜNB und allen anderen ÜNB Uneinigkeit herrscht, ein erhebliches Risiko in der Hinsicht entstehen, dass die Umsetzung oder der Betrieb der IN-Plattform unterbrochen wird, wodurch die Integration der EU-Regelarmärkte gefährdet werden könnte. Sollte die IN-Plattform von einem von den ÜNB gegründeten Unternehmen betrieben werden, könnten jedes Versäumnis und jede Uneinigkeit des Managements leicht durch Ausübung der Managementkontrolle gelöst werden, da die Einrichtung schließlich im Besitz der ÜNB wäre.
- (c) **Trennung, Überwachung, Prüfung und Genehmigung der Kosten.** Die Benennung eines einzigen ÜNB für den Betrieb der IN-Plattform macht es schwierig, die Kosten für den Betrieb der Plattform eindeutig festzulegen und sie von den Kosten in Zusammenhang mit nationalen Verpflichtungen zu trennen, die für ÜNB gelten. Konkret wird es allen ÜNB schwer fallen, zum einen die Kosten in Zusammenhang mit der IN-Plattform zu überwachen und zu prüfen, zum anderen aber auch zu beurteilen, ob sie ordnungsgemäß von anderen Kosten des benannten ÜNB getrennt worden sind, denn schließlich haben die anderen ÜNB keinen Einblick in die Finanzen eines benannten ÜNB.
- (d) **Beibehaltung der Verantwortung für den Systemausgleich auf nationaler Ebene.** Alle ÜNB gaben an, dass einige der Aufgaben der IN-Plattform in die nationalen Abläufe fallen, die in der Verantwortung der einzelnen ÜNB liegen und dem Systemausgleich dienen. Die Agentur kann zwar nicht beurteilen, ob dies wirklich der Fall ist, stellt aber fest, dass die Delegierung solcher Aufgaben an eine Einrichtung ohne Managementkontrolle über diese Einrichtung die Fähigkeit der ÜNB einschränkt, die Verantwortung für diese Aufgaben beizubehalten. Würden diese Aufgaben andererseits an eine Einrichtung

delegiert, die die ÜNB schaffen und besitzen würden, könnten die ÜNB die nationale Verantwortung für diese Aufgaben wirksamer beibehalten, da sie die Managementkontrolle über diese Einrichtung ausüben könnten.

- (71) Während der Anhörungsphase stimmte ENTSO (Strom) im Namen aller ÜNB gegen den ACER-Ansatz und argumentierte, dass die ACER die ÜNB durch die Einführung der Kapazitätsmanagementfunktion dazu zwingt, eine einzige Einrichtung für alle europaweiten Plattformen zu benennen. Sie führen auch an, dass die Regulierungsbehörden der von den ÜNB vorgeschlagenen Governance-Struktur nach dem zweiten Änderungsantrag für den INIF zustimmten und dass die ACER deshalb nicht befugt ist, Änderungen durchzuführen. Sie schlagen außerdem vor, dass die Kapazitätsmanagementfunktion keine Funktion, sondern ein separates IT-Modul sein sollte, das allen europaweiten Plattformen dienen soll, und dass eine von der IN-Plattformeinrichtung getrennte Einrichtung das Management der grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten übernehmen sollte. ENTSO (Strom) gab zu bedenken, dass der Vorschlag möglicherweise nicht von der ACER genehmigt würde, wenn alle ÜNB eine Änderung vorschlagen, in der mehrere Einrichtungen für die Durchführung aller drei Funktionen der IN-Plattform benannt werden.
- (72) Die ACER widerspricht der Behauptung der ÜNB, die Kapazitätenmanagementfunktion sei keine Funktion, die für den Betrieb der IN-Plattform erforderlich ist, wie in Erwägungsgrund (65) erläutert. Angesichts der Tatsache, dass es sich bei der Kapazitätenmanagementfunktion um eine Funktion handelt, die für den Betrieb der IN-Plattform erforderlich ist, liegt die Präferenz laut Vorschlag der ÜNB eindeutig bei der Option mit mehreren Einrichtungen, da schließlich vorgeschlagen wird, die Kapazitätenmanagementfunktion von einem ÜNB zu betreiben, während ein anderer ÜNB mit der IN-Verfahrensfunktion und der ÜNB-Abrechnungsfunktionen betraut wird. Daher erfüllt dieser Vorschlag nicht die Anforderungen des zweiten Satzes von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung.
- (73) Die ACER ist zu der Einschätzung gelangt, dass sie den Vorschlag der ÜNB nicht so ändern kann, dass er den Anforderungen des zweiten Satzes von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung gerecht wird, denn für solche Änderungen wären eine umfassende Überarbeitung und zahlreiche Ergänzungen des Vorschlags nötig; und schließlich kann die ACER nicht den Großteil der nach dem zweiten Satz von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung erforderlichen Punkte formulieren. So ist die ACER beispielsweise nicht in der Lage, die Bestimmungen für ein wirksames Koordinierungs- und Beschlussfassungsverfahren zur Lösung widersprüchlicher Standpunkte der die IN-Plattform betreibenden Einrichtungen abzufassen. Zwar brachte die ACER ihre Präferenz für eine einzige Einrichtung für die Durchführung aller Funktionen der IN-Plattform zum Ausdruck, nämlich einem Unternehmen im Besitz der ÜNB, konnte den Vorschlag aller ÜNB jedoch nicht verwerfen, der die Anforderungen von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung eindeutig erfüllt.
- (74) Demnach sieht der Vorschlag der ÜNB weder ein Modell mit mehreren Einrichtungen im Einklang mit Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung noch eines mit

einer einzigen Einrichtung vor, bei dem alle Funktionen der IN-Plattform, also auch die Kapazitätenmanagementfunktion, zusammengefasst würden. Aus diesem Grund hat die Agentur den Teil des ÜNB-Vorschlags angenommen, in dem festgelegt ist, dass die IN-Verfahrensfunktion und die ÜNB-Abrechnungsfunktion von einer einzigen Einrichtung betrieben werden. Was die Kapazitätenmanagementfunktion anbelangt, die nach Auffassung aller ÜNB von einer anderen Einrichtung durchgeführt werden sollte, kann die ACER die vorgeschlagene Lösung jedoch nicht annehmen, da dafür ein Modell mit mehreren Einrichtungen zum Tragen kommen würde, das Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe e der EB-Verordnung genügen müsste.

6.2.8. Würdigung der Anforderungen an die Harmonisierung der Modalitäten

(75) Der Vorschlag erfüllt die Anforderungen von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe f der EB-Verordnung hinsichtlich des Rahmens für die Harmonisierung der Bedingungen für den Systemausgleich. Artikel 11 des Vorschlags gibt an, dass für die Einrichtung der IN-Plattform keine weitere Harmonisierung erforderlich ist.

6.2.9. Würdigung der Anforderungen an die Kostenteilung

(76) Der Vorschlag erfüllt die Anforderungen von Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe g der EB-Verordnung, indem er in Artikel 12 des Vorschlags die Regeln für die Kostenteilung und die Kategorisierung der Kosten aufnimmt. Wie in Artikel 23 der EB-Verordnung hinsichtlich der Kategorisierung der Kosten in gemeinsame, regionale und nationale Kosten gefordert, finden sich auch in Artikel 12 Absatz 1 des Vorschlags diese drei Kategorien wieder; in Artikel 12 Absätze 2, 6 und 10 des Vorschlags sind diese Kategorien genauer ausgeführt. Zusätzlich wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 der EB-Verordnung in Artikel 12 Absätze 3, 5, 7 und 9 des Vorschlags die Aufteilung der gemeinsamen und regionalen Kosten definiert.

(77) Sieht der INIF gemäß Artikel 23 Absatz 6 der EB-Verordnung vor, dass ein bestehendes Projekt zu der IN-Plattform weiterentwickelt wird, können ferner alle an diesem bestehenden Projekt teilnehmenden ÜNB vorschlagen, dass ein Teil der direkt mit der Entwicklung und Durchführung des Projekts verbundenen Kosten, die vor der Genehmigung des Vorschlags angefallen sind und als begründet, wirtschaftlich angemessen und verhältnismäßig zu betrachten sind, als Teil der gemeinsamen Kosten gemäß Artikel 23 Absatz 2 Buchstabe a der EB-Verordnung berücksichtigt wird. Artikel 12 des Vorschlags besagt, dass alle Kosten aus dem IGCC-Projekt – das sich gemäß Artikel 5 des Vorschlags zur aFRR-Plattform entwickeln wird – nicht als historische Kosten anzusehen sind, während die Kosten nach der Genehmigung des Vorschlags als gemeinsame oder regionale Kosten betrachtet werden dürfen.

(78) Die Agentur fügte eine Klarstellung in Artikel 12 des Vorschlags hinzu, dass die Regeln für die Kostenteilung für die beteiligten ÜNB und Drittländer gelten, um sie an Artikel 23 Absätze 3 und 5 der EB-Verordnung anzugleichen.

6.2.10. Würdigung der Anforderungen an die Beschreibung des Algorithmus

- (79) Der Vorschlag erfüllt die Anforderungen in Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe h und Artikel 58 der EB-Verordnung hinsichtlich der Beschreibung des Optimierungsalgorithmus der IN-Verfahrensfunktion der IN-Plattform.
- (80) Nach Artikel 58 Absatz 2 der EB-Verordnung muss dieser Algorithmus die entgegengesetzte Aktivierung der Regelreserveressourcen durch Anwendung des IN-Verfahrens gemäß Teil IV der SO-Verordnung minimieren. Darüber hinaus muss dieser Algorithmus nach Artikel 58 Absatz 4 der EB-Verordnung: a) betrieblichen Sicherheitsbeschränkungen Rechnung tragen; b) technische und netzbezogene Beschränkungen berücksichtigen; c) gegebenenfalls die verfügbare grenzüberschreitende Übertragungskapazität berücksichtigen.
- (81) Artikel 3 des Vorschlags enthält eine allgemeine Beschreibung der IN-Plattform und somit auch des Algorithmus, während in Artikel 13 des Vorschlags der Optimierungsalgorithmus beschrieben ist, d. h. die Eingaben, die Zielfunktionen und die geltenden Nebenbedingungen. Ferner ist in Artikel 4 des Vorschlags die Aktualisierung grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten beschrieben, die als eine der Nebenbedingungen (d. h. Eingaben) für den Algorithmus dient.
- (82) Die ACER nahm Absatz 4 in Artikel 13 zur Algorithmusbeschreibung auf, um auch die Ausgaben des Optimierungsalgorithmus zu beschreiben, damit der Wortlaut an die ACER-Entscheidung Nr. 02/2020 angepasst wird.

6.2.11. Würdigung der Anforderungen betreffend Konsultation, Transparenz und Einbeziehung der Interessenträger

6.2.11.1. *Konsultation und Einbeziehung der Interessenträger*

- (83) Bei der Ausarbeitung des Vorschlags waren alle ÜNB bestrebt, den in Artikel 10 der EB-Verordnung genannten Anforderungen hinsichtlich der Einbeziehung der Interessenträger zu genügen.
- (84) Wie oben in Erwägungsgrund (5) erwähnt, wurden die Anforderungen in Artikel 10 der EB-Verordnung von allen ÜNB erfüllt, da die Interessenträger gemäß Artikel 10 Absatz 1 der EB-Verordnung zum Entwurf des Vorschlags konsultiert wurden. Diese Einbeziehung erfolgte in einer öffentlichen Konsultation, die vom 15. Januar 2018 bis zum 15. März 2018 stattfand. Darüber hinaus wurden alle Regulierungsbehörden gemäß Artikel 10 Absatz 1 der EB-Verordnung regelmäßig informiert und konsultiert. In einem vom 18. Juni 2018 datierenden gesonderten Dokument²², das allen Regulierungsbehörden zugeleitet wurde, wurde begründet, wie die von

²² <https://eepublicdownloads.blob.core.windows.net/public-cdn-container/clean-documents/Network%20codes%20documents/NC%20EB/180618-ENTSO-E-response-to-public-consultation-on-INIF-Art-22.1-of-the-EBGL.PDF>

Interessenträgern in der öffentlichen Konsultation geäußerten Standpunkte bei der weiteren Ausarbeitung des Vorschlags berücksichtigt wurden.

6.2.11.2. Veröffentlichung und Transparenz

- (85) Nach Artikel 7 der EB-Verordnung sind die ÜNB gehalten, den INIF zu veröffentlichen. Artikel 14 Absatz 1 des Vorschlags enthält diese Anforderung. Deshalb erfüllt der Vorschlag die Anforderungen bezüglich der Veröffentlichung.
- (86) Gemäß Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe k der EB-Verordnung muss die Beschreibung der Anforderungen von entwickelten Algorithmen, auf die in Artikel 58 der EB-Verordnung Bezug genommen wird, von jedem ÜNB mindestens einen Monat vor der Anwendung veröffentlicht werden. Da der Vorschlag diese Anforderung nicht enthält, hat die ACER einen neuen Absatz 3 in Artikel 14 mit dieser Anforderung aufgenommen.

7. SCHLUSSFOLGERUNG

- (87) Aus sämtlichen vorgenannten Gründen ist die ACER der Ansicht, dass der Vorschlag mit den Anforderungen der EB-Verordnung in Einklang steht, sofern die in dieser Entscheidung genannten Änderungen, so wie sie in Anhang I zu dieser Entscheidung angegeben sind, in den Vorschlag eingearbeitet werden.
- (88) Die ACER genehmigt den geänderten Vorschlag daher vorbehaltlich der erforderlichen Änderungen und der erforderlichen redaktionellen Änderungen. Zur Klarstellung enthält Anhang I zu dieser Entscheidung den Vorschlag in der von der ACER geänderten und genehmigten Fassung —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Umsetzungsrahmen einer europäischen Plattform für das IN-Verfahren gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2017/2195 wird gemäß Anhang I dieser Entscheidung angenommen.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an alle ÜNB gerichtet:

50Hertz Transmission GmbH,
Amprion GmbH,
AS Augstsprieguma tīkls,
APG Austrian Power Grid AG,
ČEPS a.s.,
Creos Luxembourg S.A.,
EirGrid plc,

ESO Elektroenergien Systemen Operator EAD,
Elering AS,
ELES, d.o.o.,
Elia - Elia Transmission Belgium SA/NV,
Energinet,
Fingrid Oyj,
HOPS Croatian Transmission System Operator Ltd,
IPTO Independent Power Transmission Operator S.A.,
Kraftnät Åland Ab,
Litgrid AB,
MAVIR ZRt - MAVIR Magyar Villamosenergia-ipari Átviteli Rendszerirányító Zártkörűen
Működő Részvénytársaság ZRt.,
NG ESO - National Grid ESO,
PSE Polskie Sieci Elektroenergetyczne S.A.,
REE Red Eléctrica de España S.A.,
REN Rede Eléctrica Nacional, S.A.,
RTE Réseau de Transport d'Electricité S.A.,
SEPS Slovenská elektrizačná prenosová sústava, a.s.,
Svenska kraftnät,
SONI System Operator for Northern Ireland Ltd,
TenneT TSO B.V.,
TenneT TSO GmbH,
Terna Rete Elettrica Nazionale S.p.A.,
Transelectrica - National Power Grid Company Transelectrica S.A.,
TransnetBW GmbH und
VÜEN-Vorarlberger Übertragungsnetz GmbH.

Geschehen zu Ljubljana am 24. Juni 2020.

- UNTERZEICHNET -

*Für die Agentur
Der Direktor*

C. ZINGLERSEN

Anhänge:

Anhang I – Umsetzungsrahmen der europäischen Plattform für das IN-Verfahren gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem

Anhang Ia (nur zur Information) – Umsetzungsrahmen der europäischen Plattform für das IN-Verfahren gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem – mit Änderungsnachverfolgung

Gemäß Artikel 28 der Verordnung (EU) 2019/942 kann der Adressat gegen diese Entscheidung innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag der Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich beim Beschwerdeausschuss der Agentur Beschwerde einlegen; die Beschwerde ist zu begründen.

Gemäß Artikel 29 der Verordnung (EU) Nr. 2019/942 kann der Adressat erst dann beim Gerichtshof Klage auf Aufhebung der Entscheidung einreichen, wenn das Beschwerdeverfahren gemäß Artikel 28 derselben Verordnung erschöpft ist.